

## Hauhaltsrede der FDP-Fraktion für das Jahr 2016



Eggenstein-Leopoldshafen, 10.06.2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

### Ein Wort voraus

„Was lange währt, wird endlich gut.“ Auch hinsichtlich unseres Haushalts 2016 gelang es zum wiederholten Male nicht, unseren kommunalen Haushalt - wie es bis noch vor wenigen Jahren im Einklang mit § 81 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg erfolgte, im Dezember des vorangehenden Jahres zu verabschieden. Erfolgte die beiden Haushalte der Jahre 2014 und 2015 im Februar 2014 bzw. im April 2015, musste in diesem Jahr die Verabschiedung aus verwaltungsinternen Gründen wiederum ein Stück weiter nach hinten in das laufende Kalenderjahr verlegt werden.

Dieser Umstand ist für unsere Fraktion unbefriedigend, auch wenn § 83 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg für solche Fälle eine vorläufige Haushaltsführung vorsieht. Unser Wunsch wäre es, so schnell als möglich wieder den Haushalt im Dezember des Vorjahres zu verabschieden.

### Zuführungsrate 2016

Ein wesentlicher Gradmesser eines kommunalen Haushalts bildet die Höhe der Zuführungsrate, also der Überschuss des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt. Dieser dient zur Finanzierung der dortigen Investitionen oder trägt im günstigsten Falle dazu bei, vollständig der Rücklage zugeführt zu werden. Dabei sollte die Höhe der Zuführungsrate wenigstens die Abschreibungen umfassen. Für unseren Kernhaushalt läge dieser Betrag bei rd. 3 Mio. €

Der Hauhaltsplan 2016 weist mit lediglich rd. 0,34 Mio. € nur einen Bruchteil hiervon aus. Gründe hierzu sind in erster Linie die weiter gestiegenen Betriebsdefizite im Bereich der Kinderbetreuung sowie die um rd. 0,85 Mio. € erhöhte Kreisumlage. Dennoch sind wir guten Mutes, dass die veranschlagte unbefriedigende Zuführungsrate in Höhe von rd. 0,34 Mio. € bei sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung und eher defensiv geplanter Einnahmen noch „Luft“ nach oben besitzt, wie das Haushaltsjahr 2015 zeigte. Damals wurde aufgrund eines Sondertatbestandes eine negative Zuführung in Höhe von rd. 1,6 Mio. € geplant. Tatsächlich ergab sich eine positive Zuführung in Höhe von 1,7 Mio. € (unter anderem wurden rd. 1 Mio. € höhere Gewerbesteuern vereinbart als geplant).

### Situation im Kernhaushalt 2016 – ein Blick zurück und in die mittelfristige Zukunft

Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass die hohen Zuführungsrate wohl der Vergangenheit angehören.

Der von Bürgermeister Bernd Stober in der Sitzung am 10.05.2016 eingebrachte Haushalt 2016 darf auch nicht ohne Rückschau und einen Blick in die mittelfristige Finanzplanung bleiben. Gegenüber dem ursprünglichen Planansatz entwickelte sich der Haushalt des vergangenen Haushaltsjahres sehr erfreulich. Aufgrund einer deutlichen Steigerung der

Gewerbesteuereinnahmen gegenüber dem Plan in Höhe von rd. 1 Mio. € sowie geringeren Ausgaben im Sachkostenbereich von rd. 1,2 Mio. € (die teilweise jedoch in der Zukunft entstehen werden), um nur die größten positiven Abweichungen des Verwaltungshaushalts 2015 zu nennen, gelang es, die geplante Negativzuführung in Höhe von rd. 1,7 Mio. € an unseren Vermögenshaushalt in eine Zuführung in Höhe von rd. 1,6 Mio. € (saldiert rd. 3,3 Mio. €) umzuwandeln.

Statt ursprünglich geplanter Rücklagen zum Ende 2015 in Höhe von rd. 6,4 Mio. € betragen diese beachtliche rd. 14,2 Mio. €. Ein gewaltiges Pfund, wie man vordergründig denken sollte. Doch ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahre 2019 zeigt, dass anstehende finanzkräftige Maßnahmen (und hier möchte ich insbesondere den Umbau unserer Gemeinschaftsschule mit Ganztagsgrundschule in Höhe von rd. 9 Mio. € sowie die Schaffung von Wohnraum für die Anschlussunterbringung von Asylsuchenden in Höhe von rd. 12,8 Mio. € nennen), unsere komfortable Rücklage bei planmäßigem Verlauf ab 2017 auf 0,84 Mio. € abschmelzen lassen werden.

Überdies benötigt unser Kernhaushalt zur Finanzierung der geplanten Investitionen des Vermögenshaushalts voraussichtlich Kredite bis zum Jahre 2019 in Höhe von rd. 13,3 Mio. €. Unser Schuldenstand wird bei geplantem Verlauf rd. 32,4 Mio. € betragen ( rd. 13,4 Mio. € im Kernhaushalt und rd. 18,9 Mio. € in unseren beiden Eigenbetrieben).

### **Gründe und mögliche Gegensteuerung**

Selbstverständlich treiben uns solche Prognosen Sorgen- wie auch Zornesfalten auf unsere Stirn.

Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten gepaart mit Steuerüberschüssen von Bund, Land und Kommunen in Milliardenhöhe, deren Ende, so wie es scheint, derzeit überhaupt nicht absehbar ist, sollte man meinen, einen Grundstock für schlechtere Zeiten erwirtschaften zu können ja zu müssen.

Und hier möchte ich einhaken und eins feststellen. Solange der Bund wie auch das Land immer mehr Aufgaben auf Kosten der Kommunen „bestellt“ und solange die Kommunen sich ein solches Handeln mehr oder weniger gefallen lassen, wird dieser finanzielle Aderlass zu Lasten auch unserer Kommune weitergehen.

Beispielhaft möchte ich in diesem Zusammenhang den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, die ohne regionale Schulraumplanung erfolgte Einführung von Ganztags- und Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg (9 Mio. €, welche allerdings aus politischen Gründen von der großen Mehrheit des Gemeinderats zur Aufrechterhaltung des weiterführenden Schulstandortes in unserer Gemeinde beschlossen wurde) sowie - ganz aktuell - die Kosten für die Schaffung von Wohnraum und der Integration von Asylsuchenden in Höhe von rd. 12,8 Mio. € nennen. Aufgaben, welche unter anderem unseren kommunalen Haushalt in den letzten Jahren in Millionenhöhe bereits belastet haben (Ausbau der Kinderbetreuung) und in Zukunft in Millionenhöhe belasten werden. Zwar bekommen die Kommunen hierfür einen teilweisen finanziellen Ausgleich, aber völlig unauskömmlich, so dass ein Großteil der damit verbundenen Ausgaben immer noch von den Kommunen über deren Haushalte zu finanzieren ist.

Die finanziellen Spielräume zur Erfüllung der originären kommunalen Aufgaben werden hierdurch immer mehr beschnitten und können in Folge zu Leistungseinschränkungen und Erhöhungen kommunaler Steuern und Gebühren führen. Ein aus unserer Sicht äußerst bedenkliche Entwicklung, der es gilt entgegen zu steuern bevor es zu spät ist. Es wird zwar immer fast gebetsmühlenartig betont, „Wir schaffen das“. Hierzu möchte ich ergänzend nur folgendes anmerken: „Und die Kommunen bezahlen das.“ Denn ohne die in Millionenhöhe veranschlagten Investitionen für die Schaffung von Wohnraum und Integration der Asylanter

wäre unser Kernhaushalt bis zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums nahezu schuldenfrei!

### **Kommunale Steuern/Gebühren/Beiträge**

Was in der vergangenen Haushaltsrede 2015 bereits angedeutet wurde, wird 2016 umgesetzt. Weiter steigende Ausgaben im Verwaltungshaushalt mit unbefriedigenden Zuführungsraten bedingen unter anderem eine Verbesserung der Einnahmeseite durch moderate Erhöhungen der Hebesätze im Bereich der Grundsteuern, der Gewerbesteuer um je 10 Prozentpunkte wie auch der Anpassung von Gebühren wie z. B. im Friedhofsbereich. Folgen werden die Gebühren für Kinderbetreuung, die durch den wegen des Rechtsanspruchs bedingten Ausbau der letzten Jahre ein Betriebsdefizit in Höhe von rd. 5,6 Mio. € ausweist. Der Kostendeckungsgrad durch die erhobenen Gebühren liegt lediglich noch bei rd. 13 %. Hier wird sich etwas ändern müssen.

Unabhängig hiervon muss man kein Prophet sein, um für die kommenden Jahre weitere Steigerungen kommunaler Steuern und Gebühren vorherzusagen. Insbesondere die dabei zu Buche schlagenden nicht unerheblichen zukünftigen Investitionen im Kindergartenbereich (Sanierung/Neubau Kindergarten Spielkiste?), für den bereits beschlossenen Umbau zur Gemeinschaftsschule sowie die Aufwendungen für die Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge und Obdachlose (sofern sich hier wegen der Kostenerstattung durch den Bund bzw. das Land nichts entscheidendes zu Gunsten auch unserer Kommune ergibt), werden zu signifikant höheren Betriebsausgaben unseres Verwaltungshaushaltes führen.

Ein Anziehen der kommunalen Steuer- bzw. Gebührenschaube wird deshalb für unsere Kommune in den nächsten Jahren unabänderlich sein, um den Haushalt wenigstens einigermaßen in der Waage halten und Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine weiterhin hohe kommunale Infrastruktur bieten zu können. Unsere kommunale Infrastruktur mit zwischenzeitlich sieben Kindergärten, drei Schulen, drei Großsporthallen, einer Kulturhalle und einem Hallenbad gepaart mit einem hohen Standard fordert seinen Tribut auch auf der Verwaltungsseite bei den steigenden Personalkosten.

Andererseits wird auch unsere Verwaltung sowie das Ratsgremium diesbezüglich gefordert sein, da man nicht unendlich die Einnahmeseite strapazieren können. In diesem Zusammenhang appellieren wir an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Kommune wie auch an uns alle, mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen noch schonender als bisher umzugehen. Auch bedeutet die Veranschlagung von Haushaltsmitteln keinesfalls diese zu 100 Prozent verbrauchen zu müssen. Jede mittelbewirtschaftende Stelle hat deshalb die Pflicht, trotzdem nach möglichst kostengünstigen Lösungen zu suchen und das Gebot einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung anzuwenden bzw. zu verinnerlichen.

### **Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Gemeinde**

Ein im vergangenen Jahr zentrales Thema im Gemeinderat bildete die mit der enormen Flüchtlingswelle verbundenen Aufgaben und Herausforderungen die unsere Kommune erwarten werden.

In erster Linie galt es - quasi vorausschauend - mögliche Standorte für die voraussichtlich rd. 300 – 400 zugewiesenen Flüchtlinge zu finden, damit diese bisher in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Karlsruhe untergebrachten Personen im Rahmen der sogenannten Anschlussunterbringung in unserer Gemeinde ein neues Zuhause erhalten. An dieser Stelle möchten wir uns nicht nur bei unserer Verwaltung für die hohe Transparenz mit mehreren Bürgerinformationen sowie deren engagierte Arbeit, sondern auch bei der vor Ort gegründeten Flüchtlingshilfe und allen sonst tätigen Ehrenamtlichen

bedanken, die sich ebenfalls sehr aktiv, intensiv und motiviert dieser humanitären Aufgabe angenommen hat.

Von Anfang an war uns die große Herausforderung bewusst, möglichst sozialverträglich die Unterbringung der unserer Gemeinde zugewiesenen Flüchtlinge zu organisieren. Die unter integrativen Gesichtspunkten sicher wünschenswerteste Lösung einer dezentralen Unterbringung in unseren beiden Ortsteilen war angesichts der durch den Landkreis angekündigten Flüchtlingskapazitäten leider nicht machbar. Aus diesem Grund mussten wir – was blieb uns anderes übrig, wollten wir unsere rechtlichen Verpflichtungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz erfüllen - auch geeignete zentrale Standorte für Wohnräume suchen, die sowohl aus integrativen wie auch aus baulichen und finanziellen Gesichtspunkten am besten geeignet waren.

Bei allem Respekt vor den teilweise sehr vehement vorgetragenen Argumenten gegen mögliche Standorte, sind wir der Auffassung, bei der Auswahl derselben in der Kruppstraße bzw. beim ehemaligen Pumpenhäuschen am Hagsfelder Weg eine sorgfältige Abwägung getroffen zu haben, um unsere geplanten rd. 12,8 Mio. € für die Finanzierung der mit der Unterbringung von Flüchtlingen voraussichtlich entstehenden Netto-Aufwendungen möglichst ressourcenschonend, integrationsfördernd und sozialverträglich eingesetzt zu haben.

Meines Erachtens war es richtig, dass sich der Landrat bzw. der Kreistag für eine in Baden-Württemberg ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge eingesetzt haben. Es kann nicht angehen, dass eine unausgewogene Unterbringung hingenommen wird. Letztlich handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die zu einer möglichst gerechten Verteilung führen muss. Die Bewältigung dieser Herausforderung hat nun mal neben der sicherlich im Vordergrund stehenden humanitären auch eine nicht zu vernachlässigende finanzielle Dimension für die kommenden Jahre. Und diese muss eine faire Lastenverteilung auch in Baden-Württemberg erfahren.

Äußerst wünschenswert wäre es, wenn der Bund und das Land endlich seine diesbezügliche Finanzpflicht gegenüber den Landkreisen und den Kommunen anerkennen und – sozusagen „on top“ respektive zusätzlich – in vollem Umfang erfüllen würde. Hoffentlich bleibt dies kein frommer Wunsch!

### **Wasserwerk „Tiefgestade“**

Der im vergangenen Jahr erfolgte Kauf des Wasserwerks „Tiefgestade“ in Höhe von rd. 0,6 Mio. € (ursprünglich wurden 0,9 Mio. € vom bisherigen Eigentümer, dem KIT, gefordert) war ein richtiger und zukunftsweisender Schritt für unsere Kommune. Dadurch haben wir die Chance bekommen, unsere Wasserversorgung gegenwärtig wie zukünftig für unsere nachfolgenden Generationen zu sichern. Ansonsten hätte die Gefahr bestanden, dass wir uns in die Abhängigkeit eines externen Wasserversorgungsunternehmens hätten begeben müssen. Dadurch wären wir nicht mehr „Herr des Verfahrens“ über ein immer lebenswichtigeres Gut wie das Trinkwasser gewesen.

Auch wenn das Wasserwerk „Tiefgestade“ mittelfristig eine grundlegende Sanierung inklusive der Versorgungsleitung zum Wasserwerk Viermorgen III in Höhe von derzeit geschätzten Kosten in Höhe von rd. 5 Mio. € (die letztendliche Umsetzung muss im Gemeinderat jedoch noch beschlossen werden) erfahren muss, war die Entscheidung zum Kauf aus den beschriebenen Gründen aus unserer Sicht richtig.

Zwar steigt unser Wasserpreis zur Finanzierung dieser Investition bis zum Jahr 2021 - quasi als Rückstellung – voraussichtlich jährlich um 5 Cent je Kubikmeter Wasser (= 1000 Liter). Erhöhungen, die aus unserer Sicht vertretbar sind, zumal die finanzielle Belastung wegen der Ertüchtigung des Wasserwerks Tiefgestade einen durchschnittlichen Privathaushalt

jährlich mit jeweils rd. 5 € Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr belasten wird. Angesichts der dadurch einhergehenden Sicherung unserer Wasserqualität auf Trinkwasserniveau eine aus unserer Sicht akzeptable finanzielle Belastung eines gleichermaßen lebenswichtigen wie fragilen Gutes.

### **Ausbau des Breitbandnetzes**

Ausdrücklich begrüßen möchten wir die Initiative des Landkreises, ein leistungsfähiges Glasfasernetz einzurichten. Ziel ist es, alle Städte und Gemeinden an ein sogenanntes Backbone-Netz - eine Art Datenautobahn - anzubinden, die Übertragungsraten von mindestens 50 MBit/s ermöglicht. Schnelles Internet gehört unseres Erachtens zur kommunalen Daseinsvorsorge und stellt in der heutigen Zeit neben einer guten Verkehrsanbindung für die Kommunen einen Standortvorteil dar. Vor allem für unser Gewerbegebiet wie für all unsere Bürgerinnen und Bürger, die aus beruflichen Gründen ein schnelles Internet benötigen, unterstützen wir deshalb das Vorhaben, auch unsere Gemeinde diesbezüglich fit für die Zukunft zu machen.

Allerdings bedarf es für unsere Gemeinde zunächst einer Bestandserhebung, um vor allem wegen der damit verbundenen Aufwendungen sodann eine Prioritätenliste und einen Zeitplan für den Ausbau unseres Breitbandnetzes aufzustellen.

### **1250 Jahre Eggenstein**

Anfang Juni endeten die Feierlichkeiten anlässlich der Erstnennung von Eggenstein, am 13. Juni 766, mit einem furiosen Schlussakkord. Dieses Jubiläumsjahr hat unseres Erachtens eindrucksvoll belegt, welch hohes Maß an bürgerschaftlichem Potential bzw. Engagement in unserer Gemeinde vorhanden ist und in einem hohen Maße gelebt wird.

Für all die vielfältigen und hoffentlich noch lange in unserem Gedächtnis nachwirkenden Jubiläumsveranstaltungen möchten wir vor den Organisatoren unseren Hut ziehen und uns mit Stolz bei all denjenigen bedanken, die maßgeblich für das Gelingen verantwortlich waren. Wir verzichten an dieser Stelle dabei bewusst, einzelne Personen namentlich hervorzuheben; dies möchten wir der Würdigung des Vorsitzenden des Lenkungsausschusses, Herrn Bürgermeister Stober, überlassen, der zusammen mit seiner das Jubiläumsbüro professionell geführten Referentin, Frau Hauck, sicherlich den besten Überblick dabei hat.

Trotz aller bei der Organisation bzw. Durchführung dieses Jubiläumsjahres verbundener Arbeit, hoffen wir, dass die positiven Aspekte bei der Umsetzung überwogen, der ein oder andere Akzent (Kinderspielfest) gesetzt werden konnte und möglicherweise Impulsgeber für die Etablierung neuer Aktivitäten bilden konnte, um unsere Gemeinde in Zukunft für uns alle noch ein Stück weit liebens- und lebenswerter zu machen.

Nachdem sich unsere im vergangenen Jahr geäußerte Hoffnung erfüllte, können wir heuer unisono feststellen: „Schee, war´s!“

### **Schluss**

Wenn wir schon beim Dank sagen sind, möchte sich die FDP- Fraktion abschließend auch in diesem Jahr bei den Ratskolleginnen und –kollegen sowie bei Herrn Bürgermeister Stober für die praktizierte konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde bedanken.

Dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2016 stimmt unsere Fraktion sowohl für den Kernhaushalt (= Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) als auch für die Erfolgs- und Vermögenspläne unserer beiden Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ zu.

Für die FDP-Fraktion Uwe Hotz